

## Industriepolitik

Stand: Februar 2019

Die folgenden 6 Punkte in Teil I definieren den ordnungspolitischen Kompass des VDMA. Der VDMA agiert hier in einer langen Traditionslinie. Aus Überzeugung spricht sich der VDMA für eine ordnungspolitisch fundierte Marktwirtschaft aus und lehnt in seiner Gesamtheit kleinteilige Eingriffe und Subventionen grundsätzlich ab. Darüber hinaus gibt es aber jeweils zu begründende Ausnahmefälle, die ein punktuelles Abweichen von der grundsätzlichen Linie rechtfertigen können (Teil II).

### Teil I

- **Ordnungspolitische Grundüberzeugung**

Der VDMA steht in seiner Gesamtheit für eine ordnungspolitisch fundierte Wirtschaftspolitik. Wir fordern keine speziellen Vorteile für einzelne Unternehmen und Branchen (implizit heißt das, auch nicht für den Maschinen- und Anlagenbau). Technologieneutralität muss die Leitschnur allen politischen Handelns sein. Dies erschließt sich aus der Mitgliedschaft des VDMA – fachlich heterogen, mittelständisch (über 90% KMU), oft eigentümergeführt, hoch innovativ –, der hohen Steuerlast und der Verknüpfung mit nahezu allen anderen Wirtschaftszweigen. Industriepolitik muss horizontal ausgerichtet sein. Es ist nahezu unvermeidlich, dass direkte Staatshilfen für ein Unternehmen oder eine Branche den Wettbewerb verzerren. Aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive muss die gezielte Stützung einzelner Unternehmen und Branchen zwangsläufig zu Lasten anderer Akteure gehen, ob der Heterogenität des Maschinenbaus hier sogar zu Lasten von Unternehmen der eigenen Branche.

- **Unternehmerische Freiheit**

Entscheidungen sind dort zu treffen, wo das Wissen ist und die Verantwortung liegt: auf Unternehmensebene, bei den handelnden Akteuren. Diese Freiheit unternehmerischen Handelns muss einhergehen mit der wesentlichen Teilhabe an und der Verantwortung für das Ergebnis des eigenen Handelns. Entscheiden, handeln, verantworten und haften dürfen nicht getrennt werden.

- **Rolle des Staates**

Aufgabe des Staates in einer Marktwirtschaft ist es, die diese Wettbewerbsordnung konstituierenden Prinzipien zu gewährleisten. Im Einzelnen (nach Eucken) sind dies ein freies Preissystem, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik, offene Märkte, die Sicherung des Privateigentums und der Vertragsfreiheit sowie die Pflicht zur privaten Haftung und eine verlässliche Wirtschaftspolitik. Der Staat muss dabei unabhängig von der jeweiligen Wirtschaftslage und politischen Stimmung als starker Unparteiischer auftreten, der über Sonderinteressen steht, Regeln setzt und durchsetzt und nicht aktiv in das Spiel des Wettbewerbs eingreift, indem er beispielsweise die Verteilung der Marktanteile zu bestimmen versucht (Neutralitätspflicht des Staates). Politik und Bürokratie sind nicht in der Lage, zu beurteilen, welche Güter und Dienstleistungen erstellt werden sollen; diese

Entscheidungen überlässt man besser den Entscheidungen von Millionen Unternehmen und Verbrauchern, die unmittelbar davon betroffen sind und deren Aktivitäten durch die Marktmechanismen koordiniert werden.

- **Rahmenbedingungen setzen**

Gute staatliche Rahmenbedingungen geben universelle Spielregeln vor und garantieren sie. Diese reichen von einer Vertrags- und Rechtssicherheit (insbesondere auch im Hinblick auf das Steuersystem), der Garantie von Eigentumsrechten bis hin zu einer Wettbewerbsordnung, die Missbräuche wie z.B. Monopole und Kartelle bekämpft. Wir brauchen verlässliche politische Rahmenbedingungen, alles andere sorgt für Unsicherheit und ist damit investitionsfeindlich. Gute Rahmenbedingungen sollten Anreize für Investitionen, Innovationen und Wachstum setzen (z.B. degressive AfA, steuerliche Forschungsförderung, unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen, keine Substanzbesteuerung). Weitere grundsätzliche Staatsaufgaben sind die soziale Absicherung (Gesundheit, Rente, Arbeitslosigkeit), Bildungspolitik (Facharbeiter und Akademiker) und die Gestaltung des Strukturwandels (wenn z.B. der Planungshorizont einzelner Marktteilnehmer zu kurz sein sollte).

- **Gefahr der Anmaßung von Wissen**

Negativbeispiele von staatlicher Steuerung (Cargolifter, Atom-/Erneuerbare Energie/n, Kohle, diverse Medien- und Gewerbeparks, Airbus usw.) gibt es zu genüge. Gerade der Maschinen- und Anlagenbau lebt von der Ingenieurskunst und Entdeckungsfreude der vielen mittelständischen Unternehmen und Weltmarktführer und dem Wettbewerb um neue Ideen und Innovationen. Ein staatlicher "Masterplan" kann dies nicht leisten, weil ein einzelner staatlicher oder staatsnaher Akteur niemals zentral über alle Informationen verfügen kann, die zur Steuerung eines komplexen und dynamischen Systems notwendig sind. Nur im Wettbewerb vieler dezentraler Wissensträger kann Innovation entstehen.

- **Ökonomische Effizienz**

Der effiziente und nachhaltige Umgang mit den verfügbaren Ressourcen ist eine zentrale Herausforderung für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Latent besteht die Gefahr von Fehlallokationen durch staatlich induzierte verzerrte Preise (z.B. Kaufprämien, Subventionen) bzw. durch generelle staatliche Fehllenkung. Hinzu kommt, dass die zu verteilenden vermeintlichen Wohltaten in der Summe zunächst von denen zu erwirtschaften sind, die dann später beglückt werden sollen (minus Verwaltungs- und Bürokratieaufwand) und denen dann die Entscheidungsräume durch den lenkenden Staat eingeschränkt werden. Steuer- und Abgabenerhöhungen auf der einen und Subventionen und Förderung auf der anderen sind die beiden Seiten derselben Medaille.

## **Teil II**

Eine klare ordnungspolitische Kante und ein eindeutiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft und gegen Subventionen sind Alleinstellungsmerkmal des VDMA und dies zählt direkt auf die Glaubwürdigkeit des Verbandes ein. Dies ist und muss bei allen Fragen die Startaufstellung sein. Trotzdem: Ausgehend von der oben skizzierten Grundüberzeugung ist vollkommen klar, dass es viele Fälle gibt, die Markteingriffe rechtfertigen.

- **Markteingriffe**

Es gibt offensichtliche Marktunvollkommenheiten, welche dem Wettbewerb im Einzelfall abträglich sind (z.B. Markteintrittsbarrieren, natürliche Monopole) oder die die Funktion

des Preissystems stören (z.B. negative externe Effekt wie z.B. CO2 Emissionen, die Bereitstellung von öffentlichen Gütern in der suboptimalen Menge) und darüber hinaus das demokratisch legitimierte Primat der Politik. Wenn der Staat dabei von der Wirtschaft Dinge verlangt, die der Markt nicht von alleine leisten kann, dann sind lenkende industriepolitische Eingriffe ggf. unumgänglich (Bsp. Energiewende, Klimapolitik). Beim „Wie“ sollte das Leitbild aber immer eine marktorientierte Industriepolitik sein, d.h. staatliche Eingriffe müssen im Einzelfall tatsächlich zu einer Allokationsverbesserung führen – im Sinne der in Teil I angestellten Überlegungen. Gerade der Maschinenbau steht mit seiner hohen Exportquote im internationalen Wettbewerb. Ein level-playing-field ist hierbei anzustreben, was einzelne Markteingriffe wie z.B. Hermes-Deckungen begründen kann. Leitbild sollten hierbei globale, universelle Regeln (z.B. WTO-Regeln) sein. Der Staat hat die Möglichkeiten (und auch das Recht) in Märkte einzugreifen z.B. bei Gefahr, bei Themen der nationalen Sicherheit. Die Politik hat ein Gestaltungsrecht. Sie ist demokratisch legitimer Impulsgeber.

Klar ist aber auch: Wir bewegen uns hier in einem „second best“-Umfeld. Für eine mögliche Subventionen sind dabei stringente Prüfkriterien anzulegen. Gerade auch weil die Gefahr besteht, dass einmal gewährte Subventionen weitere Subventionen auslösen und dass man praktisch auf eine schiefe Bahn ohne Möglichkeit der Umkehr gelangt. Der Begriff „Subvention“ ist hier beispielhaft gewählt und auch austauschbar durch z.B. Direktinvestition, öffentliche Trägerschaft, Förderung etc.

- **Prüfkriterien: Wenn, dann...**

An sämtliche „Subventionen“ muss dabei folgender Prüfkatalog angelegt werden:

- Subventionen sind nur in begründeten Ausnahmefällen (Markunvollkommenheiten, öffentliches Gut, große Hebelwirkung für die gesamte Volkswirtschaft, nationales Interesse etc.) zulässig
- Subventionen dürfen den Wettbewerb nicht dauerhaft verzerren oder behindern
- Subventionen dürfen die unternehmerische Eigenverantwortung und Haftung nicht außer Kraft setzen
- Wenn, dann müssen Subventionen
  - zeitlich befristet werden
  - degressiv ausgestaltet werden
  - einer laufenden öffentlichen Erfolgskontrolle unterworfen werden
  - öffentlich transparent gemacht werden
  - durch relevante private Investitionen flankiert werden
  - verhältnismäßig und angemessen sein

Jede Subvention sollte darüber hinaus eine möglichst breite Wirkung entfalten, nicht nur dem direkten Empfängerkreis nutzen und einen Rahmen für eigenes, zusätzliches Handeln setzen. Aus diesem Grund sind Subventionen am Anfang der Wertschöpfungskette (z.B. Basistechnologien, Produktionsforschung, Grundlagenforschung mit Wissenstransfer, Gemeinschaftsforschung, Technologieneutralität) gegenüber Subventionen am Ende der Wertschöpfungskette zu bevorzugen.

---

**Kontakt:** Dr. Johannes Gernandt, Competence Center Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen, Telefon 069 - 6603 1829, E-Mail [johannes.gernandt@vdma.org](mailto:johannes.gernandt@vdma.org)